

Kolumne zum «Schlusspunkt» im Mitgliedermagazin «Casanotra» des Hausvereins von Alec von Graffenried, Stadtpräsident von Bern, 7. April 2017©

(Es gilt das gesprochene Wort)

Selbstverwaltetes Wohnen führt zu mehr Verantwortungsbewusstsein und Bürgersinn

Wohnen ist in der dicht besiedelten Schweiz ein politisches Schwerpunktthema. Namentlich in den Städten – aber nicht nur! - wird zur Zeit viel Werbung gemacht für den gemeinnützigen Wohnungsbau, in der Regel Wohnungsbau durch Wohnbaugenossenschaften. Die Begründung liegt auf der Hand: Genossenschaften sind nicht gewinnorientiert und orientieren daher ihre Wohnungen am Modell der Kostenmiete. Nicht der Markt bestimmt den Mietzins, sondern dieser soll nur die Kosten der Liegenschaft decken. Während gemeinnützige Wohnungen in der Erstellung mehr oder weniger gleich teuer zu stehen kommen wie andere, gehören sie mittel- und langfristig zum preisgünstigen Segment. In Zeiten der Wohnungsnot und hohen Wohnkosten kann daher der gemeinnützige Wohnbau einen Beitrag leisten zu moderaten Mieten und einem breiteren Angebot am Markt. Weniger im Vordergrund steht ein anderer Aspekt der Wohnbaugenossenschaften. Genossenschaften sind oft selbstverwaltet, die MieterInnenschaft ist nicht abhängig vom Wohnungsmarkt oder den Zwängen und Interessen der Eigentümerschaft, sondern kann in der Genossenschaft mitbestimmen über den Betrieb und Unterhalt der Immobilie und oft auch in einer Charge aktiv mitwirken. Die Genossenschaft passt zur Schweiz, denn im Grunde genommen sind unsere Gemeinden, Kantone und der Bund mit ihrem Milizsystem und den zahlreichen Mitwirkungsmöglichkeiten und -pflichten nichts anderes als je für sich grosse Genossenschaften. Gemeinden, Kanton und Eidgenossenschaft sind auf aktive, mündige, selbstverantwortliche Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Wer bereits Verantwortung für sein Wohnen und sein Wohnumfeld übernimmt, ist gut trainiert dafür, auch in der Politik und

Gesellschaft Verantwortung zu tragen. Selbstverantwortung im Wohnen gibt es nicht nur bei Genossenschaften. Wohneigentum in Stockwerkeigentumsgemeinschaften hat den gleichen Effekt. Und auch MieterInnen können (Selbst-) Verwaltungsaufgaben überbunden werden, damit kann die Eigenverantwortung und die Autonomie gestärkt werden, die Stadt Bern hat dies beispielsweise in der städtischen Überbauung Murifeld bereits vor über 20 Jahren eingeführt - mit grossem und nachhaltigem Erfolg. MieterInnen gestalten ihr Wohnumfeld selber und haben ein Mitbestimmungsrecht über die Mietnachfolge. Das Resultat ist eine höchst engagierte und sozial tragfähige Nachbarschaft. Mein Ziel für Bern heisst daher nicht einfach Erhöhung des Anteils an Genossenschaftswohnungen, sondern Förderung des selbstverwalteten Wohnens in jeder Form – zum Wohl einer starken Zivilgesellschaft.